



© Salvadore Brandt

Liebe Leserinnen und Leser,

infolge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine droht weltweite Nahrungsmittelknappheit. Auch bei uns steigen bereits die Lebensmittelpreise. Deutschland muss in dieser Ausnahmesituation jeden möglichen Beitrag leisten, um Hunger in der Welt zu vermeiden und die Lebensmittelproduktion zu steigern. Für uns ist klar: Deutschland und Europa haben eine Verantwortung, die über die eigene Bevölkerung und deren Belastungen als Verbraucher hinausreicht.

Die Europäische Kommission hat das Problem erkannt. Mit dem Ernährungsnotfallplan hat sie den Mitgliedstaaten eingeräumt, Brachflächen für den Anbau – etwa von Brotweizen – freizugeben. Die Agrarminister der Länder waren ebenfalls dafür. Aber während andere europäische Staaten, wie z.B. Österreich, sofort den Anbau ermöglichten, ließ Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir die Chance durch schlichten Fristablauf verstreichen. Dadurch können in Deutschland rund 800.000 Tonnen Weizen im Jahr nicht geerntet werden. Das hätte für die Ernährung von mindestens drei Millionen Menschen ausgereicht.

Die Bundesregierung muss endlich ihrer Verantwortung gerecht werden und entschlossen handeln. Wir werden den dringenden Handlungsbedarf weiterhin auf die Tagesordnung bringen.

Herzliche Grüße

Hans-Peter Friedrich

Diese Woche

Schutzschirm gegen die Inflation	2
Städtebauförderung vereinfachen!	3
Danke für die Auszeichnung – Danke für Ihre großartige Arbeit!	4

Treten Sie mit mir in Kontakt:





Schutzschirm gegen die Inflation

Die Rekordinflation von sieben Prozent erfordert ein schnelles, durchgreifendes Handeln. Doch anstatt inflationsbedingte staatliche Mehreinnahmen einzusetzen, um die Inflationslasten effektiv zu mildern, verstrickt sich die Ampel-Koalition in Ankündigungen und Einzelmaßnahmen.

Das bisherige Maßnahmenpaket der Bundesregierung ist unausgegoren. Wir brauchen dringend weitere Schritte:

- Die komplette Neutralisierung der sog. kalten Progression durch eine Anpassung des Einkommensteuertarifs an die Preisentwicklung, um über steigende Nettolöhne der Gefahr einer Lohn-Preis-Spirale entgegenzuwirken.
- Die Senkung des Preisdrucks bei Energieerzeugnissen durch bspw. befristete Energie-, Strom- und Umsatzsteuersenkungen – insbesondere auch für Kraftstoffe – für die Jahre 2022 und 2023. Hierzu gehört auch eine echte und dauerhafte Entlastung für Pendler.
- Weitere strukturelle Maßnahmen, die einen wesentlichen Beitrag zu mehr Wettbewerbsfähigkeit und langfristiger Preisstabilität leisten. Dazu zählen u.a. eine Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie Anreize für Innovation und Investition in der privaten Wirtschaft.

Die derzeitige Inflation ist so hoch wie seit 40 Jahren nicht. Besonders spürbar sind die hohen Preise an den Tankstellen und bei sonstigen Energiebezügen, aber auch beim Einkauf im Supermarkt. Gleichzeitig erleben wir eine Rekordniedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) und eine Rekordverschuldung durch die Bundesregierung. Dies alles führt zu einer doppelten Entwertung der Kaufkraft – Einkommen und Ersparnis sind gleichermaßen betroffen. Insbesondere schmilzt auch die angesparte Altersvorsorge dahin.

Die Wirtschafts- und Finanzpolitik in Deutschland ist bislang verfehlt, denn die Entlastungen der Bundesregierung kommen nicht in der Breite der Gesellschaft an. Statt einer Politik der Konsolidierung häuft die Ampel Rekordschulden an und umgeht die Schuldenbremse, ohne Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität der deutschen Wirtschaft durch Reformen zu steigern.



© pixabay / Chronomarchie



Städtebauförderung vereinfachen!

Der morgige Tag der Städtebauförderung gibt Anlass, einerseits, sich über die Erfolge der Städtebauförderung zu freuen. So konnten allein in Hochfranken in den letzten zehn Jahren knapp 100 Maßnahmen gefördert werden und haben zu einer sichtbaren Verbesserung des Aussehens unserer Ortschaften geführt. Allein fast 80 Millionen Euro Bundesmittel fließen zu diesem Zweck nach Hochfranken.

Andererseits gibt der Tag aber auch Anlass, die vielen Hinweise aus der Kommunalpolitik aufzugreifen und die Antragsverfahren und Abläufe zu optimieren. Insbesondere sind Beantragungs-, Bewilligungs- und Abrechnungsverfahren zu vereinfachen, zu digitalisieren und zu beschleunigen. Für finanzschwache Kommunen ist eine Härtefallregelung bei der Co-Finanzierung anzubieten. Die Verwaltungsvereinbarung von Bund und Ländern ist mehrjährig anzulegen, um mehr Planungssicherheit zu gewährleisten.

Die Städtebauförderung war und wird auch in Zukunft eine tragende Säule der Stadtentwicklungspolitik sein. Der Bund muss über dieses Förderinstrument auch weiterhin verlässlicher Partner an der Seite der Länder und Kommunen bleiben, so wie er es in den letzten Jahren war. Dabei ist entscheidend, dass für eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, Ballungsgebiete wie ländliche Regionen gleichermaßen stark aufgestellt werden. Dies war und ist die Maxime der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Erfolgreiche Städtebau-Förderungen in Hochfranken:



Naila



Schauenstein



Rehau



Danke für die Auszeichnung - Danke für Ihre großartige Arbeit!

Mit der Zentralen Untersuchungsstelle der Bundeswehr für Technische Aufklärung am Standort Hof ist hier in der Region die zentrale Fachkompetenz für die Entwicklung und Untersuchung neuer technischer Aufklärungsfähigkeiten im Aufklärungsspektrum der Bundeswehr angesiedelt. Wie wichtig solch´ eine hervorragende Ausstattung der Bundeswehr ist, zeigt uns gerade der Krieg in der Ukraine. Wir brauchen schnell eine voll ausgestattete und einsatzbereite Bundeswehr, die Deutschland verteidigen kann und unsere Bündnisverpflichtungen erfüllt.

Über viele Jahrzehnte war die Bundeswehr in der Region ein prägender Bestandteil des regionalen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens. Auch heute noch ist die Oberfrankenkasernen in Hof als nunmehr letzte Bundeswehrkasernen in Oberfranken ein willkommener Impulsgeber für Wirtschaft, Handel und Handwerk in Hof.

Ich werde mich, wie auch schon in der Vergangenheit, für diesen Standort stark machen und mich dafür einsetzen, dass die erforderlichen Mittel für eine zukunftsorientierte Ausstattung der Oberfrankenkasernen zur Verfügung gestellt und alle Entwicklungsmöglichkeiten genutzt werden.



Foto: Dr. Hans-Peter Friedrich wurde die Ehrennadel der Dienststelle durch den Leiter der ZU-StelleBwTAufkl Oberst Torsten Grefe überreicht. Die Ehrennadel wird u.a. an Personen des öffentlichen Lebens vergeben, die ihre besondere Verbundenheit mit der Dienststelle in der Vergangenheit zum Ausdruck gebracht haben. Dr. Hans-Peter Friedrich ist der erste nicht militärische Träger dieser Ehrennadel der ZU-StelleBwTAufkl.

Impressum

Herausgeber: Dr. Hans-Peter Friedrich MdB, CSU im Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Telefon: 030 / 227 77491, E-Mail: hans-peter.friedrich@bundestag.de, Fax: 030 / 227 76040

Bildnachweis soweit nicht gesondert gekennzeichnet: privat